

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2022

27. Oktober 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der parlamentarischen Sommerpause ist der Landtagsbetrieb bereits wieder in vollem Gange. Traditionell wird im Herbst der Entwurf für den kommenden Doppelhaushalt eingebracht. In diesem Jahr steht der Haushaltsentwurf nach zwei Jahren Corona und mit der durch den Krieg Russlands in der Ukraine verursachten Energiekrise unter besonderen Vorzeichen. Keiner weiß, was noch kommen mag. Klar ist aber, dass der Staat hier nicht zögerlich sein darf, sondern handeln muss. Die Ampelregierung im Bund unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz zeigt, wie das geht. Milliarden schwere Entlastungspakete können die schlimmsten Härten für Menschen und Wirtschaft abfedern. Hier wird geklotzt und nicht gekleckert. Allein unsere grün-schwarze Landesregierung beschränkt ihre Hilfen in der Energiekrise auf mehr oder minder nützliche Energiespartipps und hält sich mit eigenen Hilfspaketen zurück. Und das, obwohl die Finanzlage des Landes durchaus einiges hergeben würde. Allein elf Milliarden Euro aus Rücklagen und Überschüssen stünden zur Verfügung, ganz abgesehen vom zusätzlichen Plus im Finanztopf durch Inflation und gestiegene Steuereinnahmen. Ihre Glaubwürdigkeit verspielt die angeblich auf Fiskalstrenge bedachte Landesregierung allerdings, wenn man auf ihre mehr als fragwürdigen Projekte schaut. Beispielhaft genannt seien hier der Landes pavillon für die EXPO in Dubai, bei dem 15 Millionen Euro versenkt wurden, die unsägliche „The Länd“-Kampagne, die den Steuerzahler 21 Millionen Euro kostete oder auch der jüngste Auftritt des Hip-Hoppers Max Herre bei der USA-Delegationsreise, der für 27.000 Euro extra eingeflogen wurde. Da kann man sich schon fragen, wo hier die Prioritäten von Grün-Schwarz liegen. Wir als SPD-Landtagsfraktion werden jedenfalls nicht

locker lassen und in den Haushaltsverhandlungen für landeseigene Entlastungshilfen kämpfen.

Auch in Sachen Bildung liegt im Land einiges im Argen. Die jüngste IQB-Studie hat gezeigt, dass sich der Abwärtstrend bei den Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler weiter fortsetzt. Die Forderungen der Lehrerverbände nach mehr Lehrkräften wies Ministerpräsident Kretschmann lapidar zurück, dass es auf die Anzahl der Lehrkräfte nicht ankomme, sondern auf die Qualität des Unterrichts. Ganz sicher spielt die Qualität des Unterrichts eine entscheidende Rolle. Doch muss dieser erstmal stattfinden. Noch nie gab es eine derart schlechte Unterrichtsversorgung und einen dermaßen großen Personalnotstand an unseren Schulen wie zu Beginn dieses Schuljahres. Doch anstatt alles zu tun, um die Situation an unseren Schulen zu verbessern, werden Tausende befristet angestellte Lehrkräfte und Referendare über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen, dringend benötigte Stellen für Krankheitsvertretung nicht genehmigt und zu guter Letzt auch noch Lehrerinnen und Lehrer durch unqualifizierte Aussagen des Ministerpräsidenten brüskiert. Wen wundert es da, wenn immer weniger junge Menschen sich für den Lehrerberuf entscheiden?

Und bei der frühkindlichen Bildung sieht es nicht besser aus. Familien und Kitas funkeln Dauer-SOS. Die SPD fordert seit Langem mit einem klaren Konzept, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Kitas zu entlasten. Jetzt reagiert die Landesregierung in der letzten Not und auf Druck der Kommunen mit Abstrichen an den Qualitätsstandards. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Leistungen in den Schulen immer schwächer werden. Denn der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie und damit die Chance auf ein gutes und auskömmliches Leben wird in den ersten Lebensjahren gelegt.

In der Hoffnung, dass die Landesregierung ein Einsehen hat und alle dringend nötigen Ausgaben tätigt, wünsche ich Euch und Euren Familien einen guten und – in Hinsicht auf die Energiepreise - hoffentlich weiterhin milden Herbst und natürlich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Berufsorientierung an Schulen stärken

In der 45. Sitzung des Landtags am 28.09.2022 wurde der von der SPD eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes hinsichtlich einer verstärkten Berufsorientierung an Gymnasien diskutiert.

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** fragt, warum einer guten Initiative nicht zugestimmt werde, nur weil sie von der Opposition kommt. Der Gesetzentwurf wolle die Vermittlung beruflicher Ausbildungsoptionen an Gymnasien verbindlich machen und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung verankern. Dieser Entwurf sei ein zentrales Ergebnis des SPD-Ausbildungsgipfels, der gemeinsam mit vielen Akteuren im Mai hier im Landtag stattgefunden hat. Große Zustimmung dafür kam aus den wichtigsten Verbänden. Der baden-württembergische Handwerkstag begrüßt die Gesetzesänderung ausdrücklich: „Gerade Gymnasien beschränken ihre Aktivitäten zur beruflichen Orientierung viel zu oft noch auf eine Studienberatung. Es braucht dringend ergebnisoffene Beratungen in beide Richtungen!“ DGB und GEW schlossen sich an und halten den Gesetzentwurf für schlüssig. Auch der Verband Unternehmer BW und die BWHK sehen es positiv, wenn durch eine verpflichtende Information über Berufsausbildungsmöglichkeiten an Gymnasien mehr junge Menschen in Ausbildungsberufe gebracht werden können. Auch die Agentur für Arbeit stimmt der geplanten Gesetzesänderung uneingeschränkt zu, ebenso der Landesjugendring. Laut Rückmeldungen würden die Verbände eine fraktionsübergreifende Initiative begrüßen. Deswegen hatte die SPD die anderen Fraktionspitzen angeschrieben. Die FDP habe als einzige Fraktion darauf reagiert. Die Koalitionsparteien seien dagegen nicht in der Lage, gute Ansätze aus der Opposition direkt zu unterstützen. Deswegen gebe es von ihnen nun stattdessen einen Entschließungsantrag. Seit wann man hier im Landtag eigentlich über die Krise des dualen Ausbildungssystems rede, fragt Fulst-Blei. Seit 2020 sei diese Krise richtig virulent und nun komme nach zwei Jahren endlich das Eingeständnis der Landesregierung, dass man eine zukunftsfähigere berufliche Orientierung an allen Schularten brauche. Und jetzt erst soll unter Federführung des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Akteure ein Handlungskonzept ausgearbeitet werden. Der SPD gehe es hier um die Sache und deswegen stimme sie diesem Entschließungsantrag zu. Sie erwarte allerdings, dass die demokratischen Kräfte in der Opposition und die Gewerkschaften mit eingebunden werden.

Entlastungspaket des Landes

Am 12.10.2022 fordert die SPD-Fraktion in der 46. Sitzung des Landtags im Rahmen einer aktuellen Debatte ein landeseigenes Entlastungspaket für Baden-Württemberg. (Auszug aus meiner Rede)

Die gesellschaftliche Debatten und persönlichen Gespräche der letzten Zeit drehen sich in der Hauptsache um ein Thema, nämlich die Frage: Wie schaffen wir es gut und sicher durch diese Krise? Ich muss niemandem erklären, wie ernst die Lage ist und wie groß die Ängste vieler sind, vor dem, was da noch kommt. Das gilt für private Haushalte, wie für unsere Wirtschaft, große Unternehmen und kleine Handwerksbetriebe, aber auch für soziale Einrichtungen, Sportvereine und die Kultur in unserem Land. Es geht bei allen um große Probleme, Befürchtungen und Existenzängste. Und das Thema hat auch eine hohe Relevanz für die entscheidende Frage nach der Stabilität in unserem Land. Diese Krise stellt uns auf die Probe. Was wir deswegen nicht brauchen, ist ein Hin- und Herschieben der Verantwortung. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller, vor allem der politischen Entscheidungsebenen. Wir müssen alle an einem Strang ziehen, wenn wir diese Krise bewältigen wollen. Die Bundesregierung hat dafür bereits Gewaltiges auf den Weg gebracht und Entscheidungen getroffen, deren finanzielle Dimensionen sicher historisch zu nennen sind. Es ist beispielhaft, was in Berlin in den letzten Wochen entschieden wurde. Auch die kommunale Familie zieht mit. Überall im Land gibt es Stadtwerke, die Notfallfonds eingerichtet haben, Landkreise, die Busunternehmen unter die Arme greifen, und Kommunen, die Tafeln unterstützen und ihren Sportvereinen helfen. Aber während Bund und Kommunen helfen, warten wir auf das Handeln der Landesregierung. Wo zieht sie an diesem Strang? Es kann nicht sein, dass sich ihr Tun bisher nur im Nörgeln an der Bundesregierung erschöpft. Niedersachsen schnürt ein eigenes Entlastungspaket in Milliardenhöhe, gibt mehr als nur ein paar freundliche Tipps zu Topfdeckeln und Waschlappen. Wir profitieren im Moment von relativ hohen Steuereinnahmen durch die Inflation und gestiegene Mehrwertsteuereinnahmen. Es ist also keine Frage des Helfenkönnens, sondern des Helfenwollens. Die Landesregierung will für die Krise sparen. Doch wie viel Krise braucht es denn noch? Landesspezifische Hilfen sind jetzt nötig, um Unternehmen und Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Das fordert nicht nur die SPD, sondern auch Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Landesregierung muss endlich die Weichen stellen und ein Hilfspaket auflegen, um das Land sicher durch die Krise zu führen.

Entlassungsantrag Minister Strobl

SPD und FDP/DVP brachten in der 48. Landtagssitzung am 26.10.2022 einen Antrag auf Entlassung von Innenminister Thomas Strobl ein. Er hatte im Rahmen eines laufenden Dienstverfahrens um einen ranghohen Beamten ein Antwortschreiben an sein Ministerium an einen Journalisten durchgestochen und damit Dienstgeheimnisse verraten und sowohl seine Fürsorgepflicht als oberster Dienstherr als auch den Datenschutz verletzt. (Auszug aus meiner Rede)

Seit letzten Donnerstag wissen wir, dass die Staatsanwaltschaft dem Innenminister ein Angebot auf Einstellung des Verfahrens unterbreitet hatte. Das heißt, dass sie sein Handeln als begangene Straftat bewertet. Bemerkenswert dabei ist, dass Thomas Strobl diese Information bisher dem zur Aufklärung dieser Angelegenheit eingerichteten Untersuchungsausschuss konsequent verweigert hat. Das ist ein weiteres Kapitel aus seinem Märchen der maximalen Transparenz. Er zahlte die Auflage, um sich eine lästiges Strafverfahren vom Hals zu schaffen. Eigentlich hätte er dies entschieden ablehnen müssen, wenn er eine Verurteilung nicht zu befürchten hat. Sein Verhalten ist eines Regierungsmitglieds unwürdig, und eines Innenministers erst recht. Denn als solcher steht er in besonderer Verantwortung für Recht und Gesetz im Land. Wie sollen Polizistinnen und Polizisten Respekt vor ihrem obersten Dienstherrn haben, wenn dieser Recht missbraucht? Was sollen rechtschaffene Bürgerinnen und Bürger denken, wenn er die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft behindert und die Öffentlichkeit über Monate hingehalten und belogen hat? Der Minister sagt, er wäre für Deals nicht zu haben, und macht nun selbst einen Deal - und zwar nur, um seinen Hals aus der Schlinge zu ziehen. Er hat keinerlei Interesse, an der Aufklärung im Untersuchungsausschuss mitzuwirken, und zeigt keine Spur von Reue und Einsicht in die eigene Schuld. Fragwürdig ist die Begründung von Ministerpräsident Kretschmann und der CDU, diese Krisenzeiten ließen einen Rücktritt des Innenministers nicht zu. Hier geht es der grün-schwarzen Koalition nicht um die Interessen des Landes, sondern um den reinen Machterhalt. Der Ministerpräsident scheint seinen moralischen Kompass verloren zu haben. Deswegen fordern wir die Entlassung des Innenministers, denn jeder weitere Tag, den Thomas Strobl auf seinem Posten bleibt, beschädigt das Amt des Innenministers und schadet dem Ansehen der Landesregierung.

Der Antrag wurde nach namentlicher Abstimmung mit einer Enthaltung mehrheitlich von den Regierungsfraktionen abgelehnt.

Delegationsreise in die USA



Foto: Besuch im Carnegie Bosch Institute in Pittsburgh (Quelle: Staatsministerium BaWü)

Vom 2. bis 8. Oktober begleitete ich als Vorsitzender meiner Fraktion im Landtag den Ministerpräsidenten zu einer Delegationsreise in die USA mit mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Der thematische Fokus lag vor allem auf den Bereichen Mobilität, Gesundheitswirtschaft und transatlantischer Dialog. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz so genannte „Zeitenwende“ erfordert einen noch festeren Zusammenschluss von Deutschland, Europa und den USA, um unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung gegen die russische und jegliche andere Aggression zu verteidigen. Die neuen Rahmenbedingungen machen klar: Wirtschaftspolitik ist Geopolitik. Wenn wir hier in Europa technologisch souverän sein wollen, müssen wir eng mit den USA zusammenarbeiten, denn sie sind Spitzenreiter in modernsten Technologien, gerade im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI). Den Auftakt machte ein Besuch in Pittsburgh in Pennsylvania. Dieser Bundesstaat hat eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Baden-Württemberg und Pittsburgh hat erfolgreich die Transformation von der „Iron City“ mit starker Kohle- und Stahlindustrie zum florierenden High-Tech-Zentrum in KI und Robotik durchlaufen. Das kann uns als gutes Beispiel für die bevorstehende Transformation unserer Schlüsselindustrien dienen.

In Kalifornien, seit Jahrzehnten die Wiege modernster Technologien und innovativer Startups, standen Visiten in Sacramento und Los Angeles auf dem Programm. In der Landeshauptstadt Sacramento besuchten wir das Kapitol und sprachen mit den Abgeordneten der Demokraten Lori Wilson und Sheriff-Elect Jimm Cooper. In Los Angeles gab es Fachgespräche zum dort angesiedelten KI-Ökosystem und Life Science Cluster. Zentral war dabei der Austausch über neue Entwicklungen intelligenter und klimafreundlicher Mobilität. Besonders interessant fand ich die Vorstellung des Verkehrskonzeptes für die Olympischen Spiele 2028.

Aus dem Wahlkreis

Austausch mit VHS-Leiterinnen



Die Volkshochschulen sind die größten öffentlich geförderten Weiterbildungseinrichtungen im Land. Und als solche müssen wir sie für die anstehende große gesellschaftliche Transformation nutzen. Bei meinem Besuch im Bildungszentrum Wiesbühl in Nattheim baten mich die VHS-Leiterinnen um Unterstützung bei den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen im Landtag. Initiatorin Sylvia Haas, Leiterin der VHS Nattheim-Dischingen, schilderte die Situation und informierte über den aktuellen Sachstand aus dem VHS-Landesverband. Dort drängt man darauf, dass die im Koalitionsvertrag und in der Vereinbarung „GEMEINSAM. FÜR. WEITERBILDUNG“ zugesagte Erhöhung der Landesförderung um 28 Prozent bis 2026 nun schrittweise umgesetzt wird. Seit Langem habe man die Gebühren nicht erhöht, aber jetzt stehe man nach Corona und mit der Energiekrise vor einem echten finanziellen Problem, erklärte Susanne Roschy von der VHS Giengen. „Wir wollen niederschwellig sein und allen Menschen Teilhabe ermöglichen“, betonte Kornelia Stöhr von der VHS Niederstotzingen. Aber inzwischen habe man wirklich Probleme, Angebot und Dozentenstamm zu erhalten und brauche dringend mehr Unterstützung vom Land. „Wir haben gute Weiterbildungsangebote, möchten uns aber nicht nur auf die Optimierung für den Arbeitsmarkt beschränken“, so Roschy. Gerade nach Corona seien auch soziale Aspekte wichtig und die VHS biete vielen Menschen einen Treffpunkt und Kontinuität. Katja Wetzl von der VHS Herbrechtingen verweist auf das große Potential im Gesundheitsbereich. Dabei wolle man keinesfalls als Konkurrenz zu den Sportvereinen gesehen werden, sondern wünsche sich hier eine für beide Seiten fruchtbare Zusammenarbeit. Vor allem den Teilhabegedanken und Angebote für ein lebenslanges Lernen begrüße ich bei den VHS. Dafür müssen wir ihre Strukturen unbedingt erhalten. Mit meiner Fraktion werde ich mich bei den Haushaltsverhandlungen für eine höhere Förderung stark machen, denn Spielräume im Landeshaushalt sind durch die Steuermehreinnahmen durchaus vorhanden.

Besuch in der ComputerSpielSchule

Die ComputerSpielSchule, die ich im Sommer besucht habe, ist das Ergebnis aus der Kooperation zwischen der Stadtbibliothek und dem Medienzentrum des Landkreises Heidenheim und bietet tolle Synergieeffekte, erklärte mir Leiter Jan von der Osten bei einem Rundgang. Wie nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt hat, ist Digitalisierung im Bildungsbereich sehr wichtig, aber weitaus mehr als nur die technische Ausstattung. Dafür brauchen wir neue, auch außerschulische Bildungsangebote und andere Ansätze. Das bietet die ComputerSpielSchule, wie ich mich vor Ort überzeugen konnte. Neben den offenen Angeboten mittwochs und freitags werden dort regelmäßig auch Workshops angeboten, die über alle Altersgruppen hinweg die Medienkompetenz schulen und verschiedene digitale Angebote erfahrbar machen. Es gibt bereits Kooperationen mit der PH in Schwäbisch Gmünd, mit der mobilen offenen Jugendarbeit Heidenheim und der Zukunftsakademie. Auch bei Seniorinnen und Senioren besteht ein Bedarf für die Vermittlung digitaler Kompetenzen. Hier gibt es Projekte mit dem Stadtseniorenrat und der Seniorenakademie, berichtete von der Osten. Dass die neuen Räumlichkeiten der Stadtbibliothek auch das Medienzentrum beherbergen, wird als großes Pfund gesehen. Hier besteht ein niederschwelliger Zugang und Eltern, die mit ihren Kindern ohnehin in die Bücherei kommen, sind eingeladen, gemeinsam in den Gaming-Räumen zu spielen. So bekommen sie einen Einblick in die Lebenswelt ihrer Kinder. Dabei wird in der Vielfalt der digitalen Welt auf Altersgrenzen geachtet und auf Gefahren hingewiesen. Diesen generationenübergreifenden Ansatz begrüße ich ebenso wie den kostenfreien Zugang über die Stadtbücherei.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de